

HvL Das Heimatverdrängte Landvolk e. V.

Wir bieten Hilfe und Beratung für **SBZ- und DDR-Geschädigte**
in sämtlichen Fragen von
Rehabilitierung
Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen
Flächenerwerb und Rückgabe

In einem regelmäßig erscheinenden Mitteilungsblatt informieren wir über die Entwicklung auf dem Gebiet der Gesetzgebung, politische Aktivitäten sowie über aktuelle gerichtliche Schritte, juristische Verfahren und deren Ergebnisse.

HvL

**WIR KÄMPFEN FÜR
UNSER RECHT**

Informationen erhalten Sie in unseren Geschäftsstellen.

E-Mail: info@hvl-ev.de www.hvl-ev.de

Hauptgeschäftsstelle Salzgitter:

HvL, Am Eikel 34, 38259 Salzgitter
Tel. 05341-38858, Fax 05341-2458775

Geschäftsstelle Gladigau/Altmark:

HvL, Rittergut Orpensdorf, 39606 Osterburg
Tel. 039392/81559, Fax 039392/91450

Geschäftsstelle Freising

HvL, Deutlinger Str. 6, 85354 Freising
Tel. 08161/63241, Fax 08161-938167

Bankverbindung:

Commerzbank AG, BLZ 270 800 60,
Konto-Nr. 06 534 600 001

Präsidentin: Elisabeth Salomon

Geschäftsführer: Wolfgang Haars

© HvL 2013

HvL



Das Heimatverdrängte Landvolk e. V.

Das Heimatverdrängte Landvolk e. V. bietet seinen **Mitgliedern Aufklärung und Hilfe** zu Fragen der Rückgabe des Eigentums nach der Wiedervereinigung, zu Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen sowie zu Rehabilitierungen. Das HvL begleitet die Mitglieder beratend bei der praktischen Durchsetzung der gesetzlichen Möglichkeiten.

In der **politischen Arbeit** setzt sich das HvL für eine gerechte Lösung im Sinne der Betroffenen ein. Als übergeordnete Ziele verfolgt das HvL

- ▶ eine umfassende Wiedergutmachung des Unrechts gegenüber den politischen Verfolgungsopfern in SBZ und DDR, einschließlich des Eigentums und/oder einer angemessenen Entschädigung,
- ▶ die Förderung der Aufarbeitung der kommunistisch-stalinistischen Willkür unter besonderer Berücksichtigung des SBZ-Unrechts,
- ▶ das bis heute tabuisierte Wissen um dieses Unrecht sowie um die weitreichenden Folgen im politischen und gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern und auf dringend erforderliche Korrekturen hinzuwirken.

Um diesen Zielen näher zu kommen, werden regelmäßig Gespräche auf Landes- und Bundesebene geführt sowie Gesetzgebungsverfahren aktiv begleitet. Seit 1948 bundesweit als gemeinnütziger Verband tätig, war das HvL bereits an der Gesetzgebung zum Lastenausgleich maßgeblich beteiligt.

**WER DAS GESTERN NICHT KENNT, KANN DAS HEUTE NICHT
VERSTEHEN UND DAS MORGEN NICHT BEEINFLUSSEN.**

HvL

Das Heimatverdrängte Landvolk e. V.



Das Bundesverwaltungsgericht stuft im Urteil vom 10. Dezember 2009 die kommunistisch-stalinistische „Bodenreform“ eindeutig als politische Verfolgung ein (BVerwG 3C 25.08, S. 7, Abs. 17):

„Auch wenn die Enteignungen ... erst bei einer bestimmten Betriebsgröße ansetzten, richteten sie sich erklärtermaßen gegen die „Junker und Großgrundbesitzer“, also gegen eine bestimmte Personengruppe, die nach ihrer sozialen „Klasse“ definiert war. Insofern war die Bodenreform politische Verfolgung. Diese Charakterisierung gilt verstärkt für die im Zusammenhang mit der Bodenreform verübten und sie kennzeichnenden Schikanen und Drangsalierungen, die wie die Bodenreform selbst von der Motivation getragen waren, die Betroffenen aus der Gesellschaft auszugrenzen.“



Propagandaplakat SBZ

WER DAS GESTERN NICHT KENNT, KANN DAS HEUTE NICHT VERSTEHEN UND DAS MORGEN NICHT BEEINFLUSSEN.

HvL

Das Heimatverdrängte Landvolk e. V.



Rechtswissenschaftler sprechen von **krassen Menschenrechtsverletzungen, weil die Opfer der kommunistisch-stalinistischen „Bodenreform“ dem Tod geweiht waren**, wenn sie nicht bereit waren, ihre Häuser und Höfe zu verlassen.

+++

Die ganzen Familien standen unter „Sippenhaft“.

+++

Mehr als 800.000 Menschen wurden durch die stalinistische Verfolgung in der SBZ von 1945-49 unter dem Deckmantel der „Boden- und Industriereform“ vertrieben, verfolgt, deportiert, verurteilt, interniert und ermordet. Viele konnten dem drohenden Schicksal nur durch Flucht entkommen. Ihr entschädigungslos weggenommenes Hab und Gut befindet sich zum großen Teil bis heute in Staatshand.

+++

Die strafrechtliche Verfolgung unschuldiger Opfer steht außer Zweifel und erfordert eine umfassende Aufarbeitung und Wiedergutmachung. Bis heute warten die Opfer auf die Wiederherstellung ihrer Würde und die Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts.

Dazu brauchen wir Ihre Unterstützung.

WER DAS GESTERN NICHT KENNT, KANN DAS HEUTE NICHT VERSTEHEN UND DAS MORGEN NICHT BEEINFLUSSEN.